

Wosifische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3606-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

10 Pf. [Anwerkte 15 Pf.] · Nr 228

Berlin
SONNABEND, 13. MAI 1933

Verantwortlich für den Gesamthalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zelle 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26

ABEND-AUSGABE

Sinn der Reichstags-Sitzung

Änderung der Genfer Methoden gefordert

Der plötzliche Entschluß des Reichskabinetts, den Reichstag als Forum für eine große außenpolitische Kundgebung einzuberufen, ist als ein Versuch aufzufassen, durch deutsche Initiative eine Klärung der verworrenen internationalen Verhältnisse herbeizuführen, die durch die Genfer Beratungen entstanden sind. Maßgebende politische Kreise Deutschlands sind mit ganz wohl in Uebereinstimmung mit den wirtschaftlichen Kräften der gesamten Welt, der Meinung, daß die kommende Londoner Weltwirtschaftskonferenz nur zu einem Erfolg führen kann, wenn vorher die politischen Beunruhigungen ausgehakt sind, die jetzt den Verkehr der Völker untereinander behindern. Gerade unter dem Gesichtspunkt der Weltwirtschaftskonferenz muß also erreicht werden müssen, daß von Genf nicht eine neue dauernde Quelle der Beunruhigung ausgeht.

Die Methoden der Genfer Abrüstungskonferenz haben in diesem Sinne bereits großen Schaden angerichtet, es wird die Aufgabe der kommenden Reichstagsagung sein, diesen Schaden der Welt deutlich zu machen. Von der Mittwochsagung des Reichstags könnte also die Wirkung ausgehen, daß Genf noch vor der Londoner Weltwirtschaftskonferenz ein positives Ergebnis bringt, und daß dann, darauf aufbauend, die praktische Arbeit an der wirtschaftlichen Wiederherstellung beginnen kann.

Die Voraussetzung dafür ist allerdings, daß in Genf ein Wechsel in den Methoden eintritt, und daß man dort Verständnis für die Politik zeigt, die Deutschland an die Stelle der bisherigen diplomatischen Winkelzüge stellen will. Für Deutschland handelt es sich in erster Linie um die absolut eindeutige und klare Lösung der zwei Grundfragen: tatsächliche Abrüstung und Bewirklichung der deutschen Gleich-

berechtigung und Sicherheit. Gegenüber diesen seit langer Zeit immer und immer wieder herausgestellten deutschen Forderungen hat man sich auf der Gegenseite bisher darauf beschränkt, durch taktische Manöver und diplomatische Täuschungsmethoden die wahre Sachlage immer wieder zu verschleiern, und dadurch die eigene Abrüstung zu verhindern. Die Gegenseite hat sich nicht gekümmert, völlig falsche Berechnungsmethoden zum Beispiel bei der Beurteilung der deutschen Wehrverbände, die absolut keinen militärischen Charakter tragen, anzuwenden, und Frankreich hat niemals ernsthaft daran gedacht, wirklich abzurufen.

An dieser Frage der materiellen Abrüstung bedenken sich übrigens die deutschen Ansichten weitgehend mit denen der Vereinigten Staaten, die ebenfalls sehr ernsthaft für die Abrüstung aller Angriffsstaaten eingetreten sind, während Deutschland darüber hinausgehend auch verlangt, daß sein Volk über andere als reine Verteidigungsmethoden verfügen soll. Als ein weiteres Moment, das in den letzten Tagen sehr lebhaft in den Gang der Genfer Besprechungen eingeht, müssen die Reden des englischen Staatsministers Lord Halifax und des französischen Außenministers Paul-Boncour gewertet werden. Nach Lord Halifax soll Deutschland sein Einverständnis dazu geben, daß die Staaten fast bleiben und die Schwächen schwach, Grade die Staatenverteilung sollte ja aber durch Genf beiläufig werden.

Die Gesellschaft, nach denen die deutsche Politik in Genf mit aller Klarheit und Offenheit weitergeführt werden muß, ist also der nachdrückliche und sehr ernsthafte Wille gegen die Nichtabtrügung der anderen und der praktische Hinweis auf die neuen Wege und Methoden, die man einschlagen muß, wenn man zu einem Ergebnis kommen will, das nicht aus der Londoner Weltwirtschaftskonferenz von vornherein in eine völlig ausfallsche Politikon dringt.

deutsche Delegation als Wortführer und Stellvertreter des Volkstheaters, während der Staatsratist Freiherr von Rhein-

Man hält es hier nicht für ausgeschlossen, daß die große Aussprache am Montag nun begonnen und erst nach der Reichstags-Tagung fortgesetzt werden wird, weil es keinen rechten Sinn hätte, hier eine große Diskussion zu führen, ohne die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung zu kennen, die nun einmal nicht in Genf, sondern am Mittwoch in Berlin bekanntgegeben werden soll.

Reichstagsfraktionen einberufen

Die Einladungen an die Reichstagsabgeordneten zur Vollziehung am 17. Mai sind heute vom Reichstagspräsidenten überreicht worden. Die Tagesordnung enthält als einzigen Punkt die „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“.

Die ersten Fraktionsbesprechungen sind bereits einberufen worden. Die Reichstagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei veranlaßt sich am Montagabend um 13 Uhr, die Reichstagsfraktion der Deutschen Nationalen Front um 11 Uhr vormittags. Auch die Fraktionen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei werden voraussichtlich vor der Vollziehung Besprechungen abhalten. Die Sozialdemokratische Fraktion tritt am Dienstag um 14 Uhr zusammen. In den Besprechungen wird entschieden werden, ob die einzelnen Parteien noch Änderungen der künftigen Erklärungen abgeben werden.

Der Reichstagspräsident einberufen werden, steht noch nicht fest. Es ist als möglich, daß Reichstagspräsident Göring sich direkt mit den Parteiführern wegen des äußeren Rahmens dieser bedeutenden Reichstagsagung in Verbindung setzt.

Handlung bei Seevering

Die politische Polizei von Völkels, Schupo und SS-Polizei nahmen bei dem früheren Innenminister Seevering und mehreren Funktionären des Reichsbanners und der SPD Besprechungen vor. Ingeheim wurden bei dieser Aktion, wie mitgeteilt wird, 55 000 Mark beschlagnahmt, außerdem Autos, technische Geräte, Propagandamaterial und Akten.

Polen gegen Danzigs Polizei

Bericht der Vossischen Zeitung

DANZIG, 13. MAI

Der Konflikt um die Befugung der Wehrplatte Anfang März dieses Jahres war aus den polnischen Beiträgen entstanden. Danzigs Polizeihoheit durch Schaffung von zweierlei Polizeigruppen — einer internationalen für den Hafen und einer Danziger für das übrige Staatsgebiet — zu unterhöhlen. Durch den Spruch der Genfer Instanzen Mitte März ist dem polnischen Wunsch die Erfüllung verweigert geblieben. Den Beiträgen des polnischen Reichs ist jedoch damit nicht Einhalt geboten worden; es wurde lediglich die Wahrung der Gerechtigkeit gebietet, die zu dem erstrebten Ziele führen soll.

Nach dem in Genf abgelehnten Angriff wurde für die gegen Danzigs Polizei gerichteten neuen polnischen Operationen wieder das alte Märchen von der Unfähigkeit in der freien Stadt hergeholt. Bereits vor einigen Wochen wurde von polnischen Seiten in Danzig das Gerücht verbreitet, daß man sich in Genf mit der Absicht trage, die Danziger Polizei zu internationalisieren, da für ihre unparteiische Amtswaltung der Senat eine Garantie zu übernehmen nicht mehr in der Lage sei. Die polnischen Manöver beschränkten sich aber nicht allein auf die Ausbreitung solcher Gerüchte, sondern es wurde jeder auch noch so geringe Straßenvorfall und jede noch so bedeutungslose nächtliche Kontrollreise betrunkenen polnischen Beamten unter unangehörigen Aufschauflern und Bezeichnungen in die ausmärtige Presse lanciert, um so die in Danzig herrschende Unklarheit zu bemeilen.

Nach diesen vorbereitenden Aktionen hat nunmehr die offizielle Warschauer „Gazeta Polska“ das Signal zum offenen Angriff gegeben. Die freie Stadt wird in dem polnischen Blatt als ein Herd des inneren Unfriedens dargestellt. Sturmtruppen aus dem Reich und Ostpreußen seien in Danzig stationiert und dadurch die freie Stadt entgegen den Bestimmungen des Verfallers Betrages zu einer Militärbasis umgewandelt. Dieser Umstand müsse das Vertrauen Polens in die Danziger Polizei als Organ des Sicherheitsdienstes untergraben und Polen den Glauben nehmen, daß die Ordnung in Danzig gefährdet sei. Da aber der hohe Kommissar nicht in der Lage sei, einen Einfluß auf die Danziger Stellen geltend zu machen, müsse Polen auf einer Änderung des Danziger Statutes bestehen. Und diese Änderung steht das polnische offizielle Blatt darin, daß der hohe Kommissar ein eigenes Kontroll- und Exekutivorgan erhalte; die von Polen schließlich erwünschte internationale Polizei; nach Möglichkeit rekrutiert aus polnischen Beamten, die man — wie schon beim Streit um die Hafenpolizei offiziell angeboten — für solche Zwecke gern zur Verfügung stellen würde.

Der Zeitpunkt des neuen polnischen Vorstoßes ist nicht zufällig gewählt. Die bevorstehende Tagung des Rates des Völkerbundes, der demnächst folgende einseitige Wahlkampf und der als Ergebnis der Wahlen notwendig werdende Wechsel der Danziger Regierung erheischen der polnischen Seite als günstige Gelegenheit, wieder zu einem Schlag gegen die polnische Oberhoheit der freien Stadt auszuholen. Wenn man auch in Warschau nicht glaubt, daß es gelingen wird, dieses Recht Danzigs ganz zu beseitigen, so hofft man es wenigstens stark beschränken zu können.

Daß die Behauptungen des polnischen offiziellen Organs völlig aus der Luft gegriffen sind, wird jeder neutrale Beobachter feststellen müssen. Die Sicherheitsverhältnisse haben sich in Danzig dank der Disziplin seiner Bevölkerung, die sich durchaus der drohenden Gefahr polnischer Revolutionen bewußt ist, eher gebessert denn verschlechtert. Die Konzentration von Sturmabteilungen aus dem Reich und Ostpreußen unter Beweis zu stellen, wird der „Gazeta Polska“ schwer fallen. Damit fällt auch der Vorwurf, daß Danzig entgegen den Bestimmungen des Verfallers Betrages zu einer Militärbasis gemacht worden sei. Auf polnischer Seite sollte man mit solchen Behauptungen vorläufiger sein. Denn, wenn die gegen die Schöpfung einer Militärbasis gerichteten Vertragsbestimmungen jemals verletzt worden sind, so nur durch Polen, es ist in diesem Zusammenhang nur an die Verhärterung der Befugung der Wehrplatte erinnert, die ein offener Schlag gegen diese Bestimmung des Danziger Statuts war. Wie überhaupt das Munitionslager auf der

Die Genfer Atempause

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 13. MAI

Der gestrige Tag hat für die Abrüstungskonferenz viel besser gelaufen, als er angefangen hatte. Dieses Gefühl der Erleichterung kam aber nur solchen Anwohnern und unerschütterten Hoffungen entgegen. Deshalb ist die Feststellung immer wieder nötig, daß sich gestern nichts weiter geändert hat, als daß durch ein außerordentlich glückliches Manöver des Reichskabinetts die Konferenz wieder Luft zum Atmen für einige Tage bekommen hat.

Die plötzliche Einberufung des Reichstags am Mittwoch hat hier einen starken Eindruck hervorgerufen, wenn sie auch nicht allgemein sehr freudig begrüßt wurde. Eine plötzliche Reichstagsagung mit der ausdrücklichen Ankündigung einer Regierungserklärung über Genf ist natürlich in manchen Konferenzkreisen, besonders auch in den Kreisen des Reichsbanners, als etwas Unbegreifliches empfunden worden. Selbstverständlich hätte man hier lieber die Möglichkeit bewahrt, sich gegen die Ankündigung Freiherr von Neurath nach Genf kam, um der Konferenz seine Stellungnahme darzulegen. Doch statt dessen der deutsche Botschafter Radolny, und zwar nicht erst Montag, wie es gestern hieß, sondern sogar schon heute Nachmittag nach Berlin abzureisen, bedeutet man sich in nichtdeutschen Konferenzkreisen nur am Grunde, weil dadurch das Hauptthema der hierigen Aussprache wohl noch Montag auf das Ende der Woche verlegt werden wird.

Rheinbaben vertritt Radolny

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

GENF, 13. MAI

Der deutsche Delegierte in der Abrüstungskonferenz, Botschafter Radolny, reist schon heute Nachmittag nach Berlin zurück, weil er, wenn er erst am Montag die Reise angetreten hätte, nicht ausreichend Zeit für die Berliner Besprechungen gehabt haben würde.

Radolny dürfte kaum vor Freitag nächster Woche wieder in Genf sein. Da die Konferenz aber beschloffen hat, die allgemeine Aussprache über die Hauptfreiheiten der Konferenz auf breiterer Grundlage am Montag Nachmittag zu beginnen, so wird für die